MEDIEN: PRESSESCHAU DER WASG VOM 19.6.06

INHALT:

Berliner Morgenpost: Unterstützung für Fahrplan zur Partei-Neubildung

Lausitzer Rundschau: Gute Chancen für einen Regierungswechsel 2009
PDS-Wirtschaftsexperte Ralf Christoffers im RUNDSCHAU-Gespräch

Junge Welt: Verfassungsschutzbericht über die SDAJ in Baden-Württemberg

---

Berliner Morgenpost:

Unterstützung für Fahrplan zur Partei-Neubildung

Die Landeschefs der Linkspartei haben dem Fahrplan zur Gründung einer neuen Linken zugestimmt. Nach einer Urabstimmung im Frühjahr 2007 solle ein Gründungsparteitag das letzte Wort haben. Die Spitzen von Wahlalternative WASG und Linkspartei wollen trotz interner Widerstände die Gründung der neuen Partei durchsetzen und bei der Bundestagswahl 2009 ein zweistelliges Ergebnis erreichen. Dpa

---

Lausitzer Rundschau:

Gute Chancen für einen Regierungswechsel 2009
PDS-Wirtschaftsexperte Ralf Christoffers im RUNDSCHAU-Gespräch

Ralf Christoffers war von 2001 bis 2005 Landesvorsitzender der PDS, bis er aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgab. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linkspartei-Landtagsfraktion wird wegen seiner Kompetenz auch in den Reihen von SPD und Union geschätzt. Die RUNDSCHAU sprach mit ihm über die ideologischen Turbulenzen in der Bundespartei und den Absturz der Brandenburger PDS in den jüngsten Umfragen.

Foto: Andreas Altwein (ddp)
Ralf Christoffers.

Sie sind beunruhigt über die Entwicklung der Linkspartei, warum«
Ich finde es richtig, dass die Bundespartei den Zusammenschluss mit der WASG offensiv betreibt und dass es einen konkreten Zeitplan gibt. Wir haben aber noch Diskussionsbedarf wenn es darum geht, ein gemeinsames programmatisches Profil zu bestimmen. Die Linkspartei sollte die Debatte intensiver führen und nicht Politikansätze, die 16 Jahre hart erarbeitet worden sind, generell infrage stellen.

Ist das von Oskar Lafontaine geprägte Gründungsmanifest für die neue Linke zu fundamentalistisch»
Ich sehe Klärungsbedarf. Das betrifft erstens das künftige Verhältnis zur EU und ihren Institutionen. Europa ist mehr als ein neoliberales Projekt. Wir brauchen dringend eine europäische Verfassung. Zweitens muss über die realen Einflussmöglichkeiten der Linkspartei im Bund, in Ländern und Kommunen gesprochen werden. Drittens muss der Eigentumsbegriff berücksichtigen, dass es das von

einigen schematisch propagierte öffentliche Eigentum so gar nicht gibt: Es gibt Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen.

Ist das Manifest realitätstauglich«
Es sind noch intensive Debatten nötig, um es realitätstauglich zu machen. Ohne ein tragfähiges theoretisches Fundament, das auf neue Herausforderungen wie Globalisierung, Demografie und sinkende Finanzen zugeschnitten ist, wird die neue Linkspartei nicht politikfähig sein.

Die PDS war also schon einmal weiter»
Das ist eindeutig der Fall. Andererseits ist es nachvollziehbar, dass eine anders geprägte Bewegung wie die WASG auch andere Positionen einbringt. Die Bildung einer neuen Partei ist immer kompliziert und der Ausgang offen.

In Brandenburg ist die PDS in den Umfragen gegenüber 2004 abgestürzt, die Wähler schreiben ihr nur noch geringe Kompetenzen zu. Worauf führen Sie das zurück«
Zunächst einmal: 24 Prozent zwischen Wahlen sind ein normaler Wert. Das entspricht unserem Potenzial. Aber die geringen Kompetenzzuweisungen sind tatsächlich ein ernstes Problem. Wir müssen unsere Kompetenz zeigen. Zum Beispiel, in dem wir ein eigenes Leitbild für die Entwicklung Brandenburgs in den nächsten Jahrzehnten vorlegen. Daran kann man uns messen.
Ist die geringe Kompetenzzuweisung nicht ein Indiz für fehlende Regierungsfähigkeit der märkischen PDS»
Die Brandenburger PDS ist regierungsfähig. Aber wir müssen aufpassen: Die schlechten Kompetenzwerte dürfen nicht zu einem strukturellen Defizit führen. Wir sollten offen diskutieren, welche Konsequenzen wir aus der Momentaufnahme und aus Defiziten ziehen. Ein Beispiel: Die Landesregierung hat ihr Leitbild für Brandenburg bereits präsentiert – wir wollen unseren Entwurf aber erst zum Jahresende vorlegen. Wir müssen unsere konzeptionelle Arbeit beschleunigen.

Die PDS will nach der Landtagswahl 2009 in Brandenburg mitregieren. Sehen Sie wirklich eine reale Chance?
Ob es dazu kommt, wird davon abhängen, wie sich die PDS bis 2009 profiliert, wie die Partei öffentlich wahrgenommen wird, welches Personal sie aufbietet. Aber auch davon, wie die Koalition von SPD und CDU an ihre inhaltlichen und persönlich-mentalen Grenzen stößt. Ich sehe gute Chancen für einen Regierungswechsel 2009.

Mit RALF CHRISTOFFERS sprachen Michael Mara und Thorsten Metzner

---

Junge Welt:

Verfassungsschutzbericht über die SDAJ in Baden-Württemberg

Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg hat in einem in der vergangenen Woche vorgestellten Zwischenbericht entdeckt, daß die SDAJ in Baden-Württemberg mit Schülern zusammenarbeitet:

Schüler im Visier: Neue Jugendzeitung der SDAJ Baden-Württemberg

Mit einer neuen achtseitigen Kleinzeitung macht die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Baden-Württembergs auf sich aufmerksam. Unter dem Titel Baschda! und versehen mit dem

abgewandelten Logo einer bekannten baden-württembergischen Biermarke erschien die Nummer 1 vom Februar 2006, die laut Impressum eine »SchülerInnenzeitung« sein soll.

Mit diesem Blatt gibt die Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Baden-Württemberg seit Jahren wieder ein Lebenszeichen in der Öffentlichkeit von sich. Von der ersten Ausgabe von Baschda! wurden laut Impressum 2□500 Exemplare hergestellt. (...) Als fiktive Verantwortliche im Sinne des Pressegesetzes ist eine verstorbene DKP-Aktivistin genannt, deren Wohnort allerdings nach LfV-Erkenntnissen Karlsruhe war. (...)

Inhaltlich widmet sich die Schrift den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 26. März 2006. Versehen mit zielgruppengerechten Comics, werden die Themen Schule, Universität, Ausbildungsplatz und Rechtsextremismus abgehandelt und einem »Parteiencheck« unterzogen, der mit einem SDAJ-Forderungskatalog verglichen wird. Dieser »Check« fällt zu ungunsten der demokratischen Parteien aus. Ein Beispiel zum Thema »Nazis raus«:

»CDU: Vorwärts und alles vergessen!

* unterstützt Organisationen, die mit Nazis zusammenarbeiten,

* setzt (...) sich für die Kriminalisierung des Widerstands ein ...«

Einzig die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) »besteht« den »Check« mit kleinen Einschränkungen. Letztlich endet die Schrift mit der Aufforderung, sich in der SDAJ zu engagieren und bei der Landtagswahl der WASG die Stimme zu geben.

(...) Die Herausgeber stellen klar, daß die VerteilerInnen des Blattes »nicht für den Inhalt verantwortlich« seien, was darauf schließen läßt, daß Verteilaktionen auf/vor Schulhöfen und sonstigen Schülertreffs geplant sind.

Mittlerweile ist im Internet eine Extraausgabe von Baschda! vom März 2006 abrufbar. Das einseitige Flugblatt widmet sich unter der Überschrift »Es geht ums Ganze!« dem Streik im öffentlichen Dienst und fordert zur Solidarität mit den Streikenden für den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche auf. (...) Der Hintergrund des Streiks wird in typisch linksextremistischer Weise umgedeutet und verzerrt: Die »leeren Kassen« der Kommunen rührten von den »Milliardengeschenke(n) an die großen Unternehmen und die Reichen«, außerdem solle ein starker Gewerkschaftsbezirk von ver.di »in die Knie gezwungen werden«. Kommunalpolitiker werden als willfährige Helfer der »großen Unternehmen« geschildert, denen sie nicht nur die »Steuereinnahmen hinterher (...) schmeißen«, sondern durch die Arbeitszeitverlängerung den Weg bahnten für gleichartige Maßnahmen in der Privatwirtschaft.

*www.verfassungsschutz-bw.de/links/files/l_parteien_2006-04_1.htm; www.sdaj-online.de